

Kindergeld gehört den Eltern!

Familienbund wertet Vorschlag der SPD zur Kinderbetreuung als familienpolitische Ignoranz

Der Familienbund der Katholiken hat sich erneut gegen Vorschläge von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) gewandt, Eltern eine Erhöhung des Kindergeldes zu verweigern und stattdessen die Kinderbetreuung auszubauen. „Kindergeld, Freibetrag und Ehegattensplitting sind keine Verfügungsmasse zur Finanzierung sozialpolitischer Forderungen, sondern Eigentum der Familien“, betonte heute die Präsidentin des Familienbundes, Elisabeth Bußmann. Das Kindergeld gehöre den Eltern und sei zum größten Teil der Ausgleich für zuviel gezahlte Steuern. „Minister Steinbrück will hier eine familienpolitische Leistung mit der anderen verrechnen, das ist familienpolitische Ignoranz“, so Bußmann. Am Ausbau der Kinderbetreuung bestehe ein gesamtgesellschaftliches Interesse, deshalb sei auch die Finanzierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Es darf nicht sein, dass alle Familien die Kinderbetreuung finanzieren sollen, die nur ein Teil der Familien nutzt.“

Richtig sei vielmehr wie von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) gefordert, auf Grundlage des Existenzminimumberichtes des Finanzministeriums über eine Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages zu entscheiden. „Die Lebenshaltungskosten sind in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. Deshalb müssen Kindergeld und Kinderfreibeträge endlich erhöht werden“, so Bußmann.

*Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands.
Ihm gehören 25 Diözesan-, 10 Landes- sowie 15 Mitgliedsverbände an.*



Reinhardtstr. 13 – 10117 Berlin
Tel: (030) 326 756-0 · Fax: (030) 326 756-20
Email: info@familienbund.org, Internet: www.familienbund.org

V.i.S.d.P.: Claudia Hagen, Pressereferentin